

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 176

16. September 1981

Dr. Peter Corterier MdB, im Auswärtigen Amt, setzt sich für kritische Solidarität und wirkliche Partnerschaft zu den USA ein.

Seite 1/2

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, wirft Dregger vor, mit hinterlistigen Phrasen den inneren Frieden zu stören.

Seite 3

Hans Büchler MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im innerdeutschen Ausschuß, warnt vor Träumern und Spekulanten in der deutsch-deutschen Politik.

Seite 4/5

Dr. Klaus Kübler MdB, Mitglied der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" des Deutschen Bundestages, setzt auf Zwischenlager für atomare Brennelemente.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kritische Solidarität und wirkliche Partnerschaft

Wider das Gerede vom Antiamerikanismus

Von Dr. Peter Corterier MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Immer neue Pressekommentar hätten uns in den letzten Wochen beinahe selbst glauben lassen, daß die endgültige Zerstörung der deutsch-amerikanischen Beziehungen besiegelt sei. Ablauf und Umstände des Besuchs von Außenminister Haig in Berlin und Bonn haben diese pauschalen Unterstellungen als das entlarvt, was sie in Wirklichkeit sind: Sommerspekulationen! Sie einfach als blanken Unsinn abzutun, verbietet uns der Ernst des Gegenstandes, denn natürlich kann man auch gute Beziehungen, kann man eine solide Freundschaft durch leichtfertiges Gerede gefährden, zumindest ankratzen. So empfiehlt sich für die Zukunft eher Zurückhaltung, wenn wieder einmal abgefragt wird, ob in dieser oder jener Frage nicht ein profunder Interessengegensatz zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung bestehe. Weniger bemühte Erläuterung der jeweiligen Interessenlagen, mehr ernsthafte Besinnung auf die Grundanschauungen und gemeinsamen politischen Anliegen wären in der gegenwärtigen Phase der öffentlichen Behandlung dieses Themas sehr wohltuend. Da wird immer wieder von unterschiedlichen Interessen geredet. In Wirklichkeit eint uns eine solide Basis gemeinsamer Ideale und Werte: Das Streben nach Freiheit und Demokratie, nach Menschenrechten und Selbstbestimmung. Die deutsch-amerikanische Freundschaft gehört zu den gemeinsamen Positionen aller demokratischen Parteien in unserem Lande. Das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist ein Fundament unserer Außenpolitik. Gleiches gilt für unsere Zugehörigkeit zum Bündnis. Seit Jahren votieren nach



Meinungsumfragen mehr als 80 Prozent der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland für ein Verbleiben in der NATO. 1961 waren es nur 40 Prozent. Es ist einfach unrichtig und geht mindestens zum Teil auf übermäßige Publizität zurück, die man den Krawalldemonstranten widmet, wenn behauptet wird, in diesem Land breite sich Antiamerikanismus aus. Und wir dürfen es nicht länger akzeptieren, daß ständig Vorwürfe gegen die militärische Rüstung der Vereinigten Staaten erhoben werden, während dieselben selbsternannten Meinungsmacher kein Wort über die voraufgegangene Hochrüstung der Sowjetunion verlieren. Wer einseitig Abrüstung nur vom Westen verlangt, der steht ohne Zweifel nicht mehr auf unserer Seite. Eine klare Trennung ist hier endlich nötig.

Außenminister Haig hat bei seinem Besuch in Bonn die Vielfalt im Denken und in den Vorstellungen als eine der großen Stärken des westlichen Systems bezeichnet und hinzugefügt, daß es nun einmal eine Realität ist, daß es Vorstellungen über die eine oder andere Frage gibt, die Konsultationen erfordern, um einen Konsens und eine gemeinsame Position zu entwickeln. Das Verhältnis im Bündnis ist von kritischer Solidarität und wirklicher Partnerschaft gekennzeichnet. Das gilt für unser Verhältnis zu Präsident Reagan wie vorher zu Präsident Carter und seiner Regierung. Natürlich wissen wir, daß Präsident Reagan eine konservative Regierung führt und daß sich aus dem unterschiedlichen weltanschaulichen Ansatz auch sachliche Meinungsunterschiede ergeben können. Aber müssen wir hierbei nicht immer wieder bedenken, daß dieser Präsident, daß diese Regierung vom amerikanischen Volk in demokratischer Wahl gewählt wurde?

Wenn die jüngsten Krawalle bei dem Besuch Haigs in Berlin eines demonstriert haben, so war es dies, daß die Randalierer in ihrer Engstirnigkeit isoliert sind. Die demokratisch gesonnene Mehrheit der Bürger unterstützt sie nicht. Und da müssen sich die Veranstalter der Berliner Kundgebung fragen lassen, wo sie sich selbst einordnen wollen. Auch hier ist eine klare Entscheidung nötig. Jedenfalls hat Außenminister Haig nicht nur jene Randalierer beschämt, als er den Demonstranten in Berlin zurief: "Selbst wenn wir nicht damit übereinstimmen, was Sie sagen, sind wir bereit, bis zum Tod Ihr Recht zu verteidigen, es zu sagen." (-/16.9.1981/bgy/ca)

+ + +



Einsichten eines Amerikaners

Haig beschämte die Demonstranten und Dregger

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der amerikanische Außenminister Alexander Haig hat offensichtlich während der wenigen Stunden seines Aufenthaltes in Berlin mehr von der friedenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik begriffen, als viele seiner Kritiker und auch etliche seiner vorgeblichen Bewunderer hierzulande. Es lohnt, das Ereignis festzuhalten: Ein Amerikaner in Europa, der angesichts von Tausenden von Demonstranten gegen die aktuelle US-Außenpolitik an Voltaire erinnert, um die Freiheit des Andersdenkenden zu beschwören! Haig hat beide beschämt: Die Demonstranten (einschließlich einiger Jusos), die ihn anhand von Zitatfetzen als Un-Demokraten karikierten, wie auch jene, die bei jedem Protest im demokratischen Staat in Bürgerkriegsstimmung verfallen wollen. Ein prominenter Vertreter dieser Denkweise ist der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger.

Es gehört keine große Kombinationsgabe dazu, um vermuten zu dürfen, daß der hinterhältige Mordanschlag von Heidelberg auf den amerikanischen General Kroesen von den terroristischen Tätern in die Zeit des Haig-Besuch plaziert worden ist. Sie haben ihr Ziel Gottlob verfehlt. Unseren Abscheu über die Tat mindert das keineswegs. Für diesen und andere Terroranschläge gilt, was der SPD-Vorstand soeben im Blick auf einige hundert Krawallschläger in Berlin sagte: Wir rufen zu einem breiten Bündnis gegen die Gewalt auf und unterstützen alle Anstrengungen der Sicherheitsorgane, Gewalttaten besonnen, aber noch entschiedener als bisher zu bekämpfen.

Diesem Bemühen aber, die Gewalt aus unserem Staat hinauszudrängen, fügen Leute wie Dregger schweren Schaden zu, wenn sie in einer geradezu perfiden Weise die Terroristen und die Krawallschläger mit friedlichen Demonstranten oder auch nur Kritikern der amerikanischen Politik in einen Topf werfen. Dabei geht es gar nicht mehr um Berechtigung oder Vernunft einzelner kritischer Äußerungen. Denn so, wie Dregger redet, macht er das Wort von der Gemeinsamkeit der Demokraten, die sich in der Tat gegen jede Gewaltanwendung richten muß, zu einer hinterhältigen Phrase. Wer den Anschlag von Heidelberg zu Attacken auf führende Sozialdemokraten zu nutzen versucht, dem kann man schwerlich abnehmen, daß ihm der innere politische Frieden in der Bundesrepublik am Herzen liege.

Von Alexander Haig wird übrigens berichtet, daß er auf dem Rückflug nach Washington über die Berliner Demonstration sagte, sie sei seiner Einschätzung nach weder neutralistisch noch pazifistisch gewesen, sondern Ausdruck einer anti-nuklearen Stimmung in Deutschland, die sich mit Besorgnissen über den Umweltschutz verbinde. Der Westen würde sich täuschen, so der amerikanische Außenminister, wenn er das alles als ein von Kommunisten gelenktes Phänomen ansehen würde.

Das sind Einsichten eines Amerikaners, die man bei Dregger und anderen seiner Couleur so bitter vermißt.

(-/16.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Nur Realismus hilft uns weiter

Träumereien und Spekulationen sind völlig unangebracht

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im innerdeutschen Ausschuß

Die deutschen Sozialdemokraten haben seit Neubeginn nach dem Krieg eher noch als die bürgerlich-liberalen Kräfte mit den Herzen die Sache der deutschen Nation verfochten und für viele Jahre all ihre Sehnsucht auf sie konzentriert. Nie aber ist es ihnen eingefallen - weder Kurt Schumacher, noch Herbert Wehner, noch Willy Brandt - wie ihren konservativen Widersachern, der Reichseinheit mit den Gebietsanschlüssen an der polnischen, tschechischen, österreichischen und französischen Grenze und deshalb dem Nationalen als "Integrationsideologie" nachzujagen.

Durch den vom nationalsozialistischen Regime angezettelten Krieg und seinen für alle Europäer leidvollen Folgen sowie auch die Interessenlagen der damaligen Besatzungsmächte bestand für die Überwindung der sich anbahnenden Teilung Deutschlands für die Deutschen nahezu kein Handlungsspielraum.

Die Sozialdemokraten haben sehr früh auch den bis heute wirkenden Widerwillen der Nachbarn der Deutschen gegen die Wiederherstellung des einheitlichen deutschen Nationalstaates erkannt und sich allen Versuchen süddeutscher Politiker widersetzt, auf seiner Grundlage ein neuerliches separatistisches Süsschen zu kochen.

Zum Träumen, wie es uns jüngst von einigen Kommentatoren unterstellt wird, konnten wir weder damals kommen noch heute verführt werden. Zu sehr waren wir in den 50er Jahren bemüht, uns der die Teilung Deutschlands vertiefenden Politik Konrad Adenauers zu widersetzen; zu festgefügt und unauflösbar sind die in ihrem Ergebnis entstandenen politischen und ideologischen Gegensätze und unterschiedlichen Grundauffassungen in beiden Teilen Deutschlands heute.

Einmal auf den Weg gebracht, hat Herbert Wehner am 30. Juni 1960 für alle Sozialdemokraten aus der Orientierung gen Westen grundsätzliche Lehren gezogen und eine "redliche Bestandsaufnahme" unter uns eingeleitet. Schon damals ohne jene Illusion, die mit Blick auf die Einheit Deutschlands alle Konservativen mit der Politik der Stärke verbanden. Gemeinsamkeit ja, aber hier gab es eine Grenze. "Denn die Voraussetzung für gemeinsame Politik (ist nicht) die Fortsetzung der bisherigen Politik", hielt Wehner der Union entgegen.



Die Tatsache, daß das nationale Interesse der Deutschen in den Hintergrund treten mußte, ließ Illusionen gar nicht erst aufkommen. Daß es sich an der Nahtstelle der beiden großen Mächtegruppierungen völlig gewandelt hat, bewirkte für die Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition seit 1969 dasselbe Resultat.

So wichtig wir die Sache der Deutschen nehmen, so sehr auch die Idee der Einheit unseres Volkes gerade in der Sozialdemokratie verwurzelt ist - allein die Erhaltung des Friedens in Deutschland und Europa hat das Primat. Denn allen Risiken, denen der Friede auf unserem Kontinent ausgesetzt ist, steht das deutsche Volk am nächsten. Wer heute anderes träumt, verdeckt Gefahren, denen wir begegnen müssen, gemeinsam mit der DDR, aber mit dem ganz klaren Bewußtsein, an der Nahtstelle der Blöcke jeweils integraler Bestandteil der politischen und militärischen Bündnisse zu sein.

Genauso wie die Ostverträge, die es uns erst ermöglichten, mit den östlichen Nachbarn einen Ausgleich zu finden und vernünftig zu verkehren, und die ständig von der kritischen Aufmerksamkeit der Politik begleitet werden sollten, um der Tendenz ihres puren Verwaltens begegnen zu können, ist es in der Deutschlandpolitik der Grundlagenvertrag, der ein Verhältnis der Vernunft, des guten Willens und der Dialogbereitschaft zwischen den beiden deutschen Staaten möglich macht.

Er begründet nicht allein das praktische Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten. Seine Praxis gehört nahezu zum Alltäglichen. Die aus ihm und anderen Verträgen folgenden innerdeutschen Kommissionen wie zum Beispiel die Transit- oder die Grenzkommission arbeiten normal.

Über die Vielzahl gut funktionierender praktischer Regelungen hinaus, haben beide deutsche Staaten im Grundlagenvertrag ihre Verpflichtung zur Festigung der europäischen Sicherheit, des Friedens und zur Minderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa niedergelegt. So begründet der Grundlagenvertrag allein den Realismus in der Politik und im Verhältnis der beiden deutschen Staaten und nichts anderes.

Die vom Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 hervorgehobene "gemeinsame Verantwortung und Aufgabe" für die aktive Friedenssicherung, lassen anderes als eine realistische Betrachtung der Handlungsmöglichkeiten der beiden deutschen Regierungen nicht zu.

Deshalb sind Träumereien und gar politische Spekulationen dem Interesse der in unserem geteilten Land lebenden Bürger schädlich und unrealistisch. (-/16.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Zwischenlagerung muß forciert werden

Die Entwicklung von Endlagerung oder Wiederaufbereitung braucht mehr Zeit

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" des Deutschen Bundestages

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu der Feststellung zu kommen, daß eine Reihe von zufällig gleichzeitig eingetretenen Faktoren eine Lösung der Entsorgungsfrage der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik besonders aktuell und dringend gemacht hat. Um nur einige der Faktoren zu nennen, sei an das Urteil des Verwaltungsgerichtes Darmstadt erinnert, das eine längerfristige, das heißt über zwei bis drei Jahre hinausgehende Kompaktlagerung als mit dem Atomgesetz nicht vereinbar ansieht, an die derzeitige politische Blockierung der Lieferung abgebrannter Brennelemente zur Wiederaufbereitung nach La Hague in Frankreich und an die noch nicht ausgeräumten geologischen Unsicherheiten eines möglichen Endlagers in Gorleben.

Hinzu kommt, daß für eine kleine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen eine bereits getroffene Standortentscheidung aus geologischen Gründen wieder rückgängig gemacht werden mußte.

Es müssen deshalb für einen Zeitraum von mindestens 20 bis 30 Jahren Formen einer Zwischenlagerung für abgebrannte Brennelemente geschaffen werden. Die Schaffung von sicheren Zwischenlagern für einen bestimmten Zeitraum mit der Möglichkeit der Rückholung der zwischengelagerten abgebrannten Brennelemente löst nicht nur anstehende Entsorgungsprobleme, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, nicht unter Zeitzwang Endlagerstandorte und Endlagerformen zu untersuchen und festzulegen, eine Wiederaufbereitungsanlage nicht übers Knie zu brechen, sondern sorgfältig Größe, Technologie, Sicherheit und Standort zu prüfen und erlaubt es auch, nicht in die Schnelle-Brüter-Technologie kurzfristig einzusteigen, ganz abgesehen davon, daß die zeitlichen, weit in die Zukunft reichenden Abläufe letzterer Technologien das jetzt aktuell bestehende Entsorgungsproblem nicht lösen können.

Eine Wiederinbetriebnahme der Asse sollte geprüft werden. Eine Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel, die Kompaktlagerung zeitlich länger zuzulassen, bringt keine echte Lösung. Eine echte Zeitlösung bringt nur die Zwischenlagerung. Sie ist relativ kurzfristig einzurichten, an Entwicklungen anpaßbar, und die gelagerten Brennelemente sind jederzeit wieder verfügbar, sei es für eine Wiederaufbereitung oder auch für eine Endlagerung. Die zuständigen Stellen sollten deshalb sehr bald und grundsätzlich zum Beispiel zu Formen der Trockenlagerung als Zwischenlager Stellung nehmen.

Das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichtes Lüneburg steht den Überlegungen zu Formen der Zwischenlagerung deshalb nicht entgegen, weil es nach den vorliegenden Informationen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Zwischenlagerung erhebt, sondern weil offensichtlich eine Reihe von technischen und raumordnungsrechtlichen Planungsfehlern gemacht worden sind.

(-/16.9.1981/bgy/hgs)

+ + +

